

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Organ der Kommunistischen Linksoption

3. Jahrgang

Wien - Graz, Oktober 1931

Nummer 20

Aufruf

an alle revolutionären Arbeiter, an die Arbeiterwehler und Schutzbündler, an die freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter, an die Mitglieder der kommunistischen Partei und an die proletarischen Frauen.

Der Kapitalismus wankt. Die Periode der relativen Stabilisierung ist zu Ende. Die wirtschaftlichen Verwüstungen und die Opfer, die die Krise des Kapitalismus fordert, gleichen fast den Verheerungen eines Weltkrieges. Auf der ganzen kapitalistischen Welt werden Menschen im Namen der „Ordnung“ gemordet, eingekerkert oder im Bandenkrieg von im Solde des Weltkapitals stehenden Henkern (Kolonien, Mandschurei und China) abgeschlachtet. Millionenmassen hungern, abertausende Menschen verhungern buchstäblich, während Milliardenwerte an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln von den Kapitalisten verschwendet werden. Maschinen rosten. Millionen von Arbeitern feiern und frieren mit ihren Frauen und Kindern. Währungen stürzen, Minister und Regierungen werden gestürzt, Warenpreise und Aktien fallen, Milliardenwerte verschlingt der Moloch Kapitalismus. Die Massen werden ausgeplündert durch Zollbrücker, Lohnraub und die Preistreiberei der Kartelle und Trusts. Die Kriegsrüstungen und Ausgaben für Polizei, Gendarmerie und Heereswesen werden wahnwitzig gesteigert. Das Kapital thront auf Kanonen, Giftgasbomben, Flammenwerfern und Kriegsschiffen. Die bürgerliche Demokratie nimmt, angesichts der ansteigenden sozialen Gegensätze, zu diktatorischen Regierungsformen Zuflucht. Selbst im demokratischen England regiert Macdonald mit Verordnungen.

In der heutigen Gesellschaftsordnung, sagt Friedrich Engels, „beherrschen nicht die Produzenten die Produktionsmittel, sondern die Produktionsmittel beherrschen die Produzenten“. Die Ohnmacht der „Wirtschaftsführer“, der Krise einen Damm entgegenzusetzen, wird selbst den Klugen unter ihnen bewußt. Der Kapitalismus ist im Zustand der Auflehnung der Produktivkräfte gegen die Eigentumsverhältnisse. Die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gefesselten Produktivkräfte zu befreien und auf sozialistischer Basis zu entfalten, ist die historische Aufgabe des Proletariats, das sich selbst aus der Lohnsklaverei und damit die gesamte Menschheit aus der Barbarei des Kapitalismus befreit.

Unter den Schlägen des Kapitalismus ist der revolutionäre Wille des Proletariats erwacht. Diesen revolutionären Willen zu stärken und zu entfalten, das ist der Weg, der zum Sozialismus führt. Die sozialdemokratische Partei, der noch immer fast das gesamte Proletariat folgt, ist zu einer bürgerlichen Partei entartet. Sie weiß dem Proletariat keinen anderen Ausweg aus der Hölle des Kapitalismus, als es zum Dulden, Durchhalten und Opfern für den bürgerlichen Staat, das heißt, für die kapitalistische Wirtschaft zu mißbrauchen. Statt für den Sozialismus zu kämpfen, richtet sie an die Bourgeoisie die Forderung nach einem Stück Staatskapitalismus, d. h. statt einzelner Kapitalisten, die Gesamt-

klasse der Bourgeoisie zum Nutznießer, Eigentümer und Verwalter des industriellen Besitzes der Kreditanstalt zu machen. An Stelle eines Rothschild, sollen ein paar Dutzend kleine Rothschilds die Herren der Industrie sein.

Gerade jetzt, wo ein Hagel von Schlägen auf das Proletariat niedersaßt, wo die Bourgeoisie den Beamten die Gehälter kürzt, das Proletariat mit der Krisensteuer — die übrigens eine sozialdemokratische Erfindung ist, belastet und ein Attentat auf die Sozialversicherung vorbereitet, rüsten die Heimwehren zum neuerlichen Putsch gegen die letzten Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse. Die Zerstörung der proletarischen Organisationen, die Abschichtung der besten proletarischen Elemente, Knüttel und Knebel, das ist im Falle des Sieges des Faschismus zu gewärtigen.

Der 13. September hat uns gelehrt, daß die sozialdemokratischen Führer weder Willens sind, dem Faschismus und der Reaktion mit allen Mitteln des Klassenkampfes gegenüberzutreten, noch fähig sind, diesen Kampf auf wirtschaftlichem, gewerkschaftlichem und politischem Gebiete vorzubereiten.

Der 15. Juli und noch mehr der 13. September hat und allen nachdrücklichst ins Bewußtsein geprägt, daß dem Proletariat eine sowohl von den kommunistischen als auch von den sozialdemokratischen Arbeitern anerkannte revolutionäre Führung fehlt. Bedeutende Teile der Arbeiterschaft erkennen die Ausweglosigkeit der sozialdemokratischen Politik und erwarten im Kommunismus die Erlösung, aber sie sind nicht bereit, diese Erlösung mit der kommunistischen Partei zu erkämpfen. Die kommunistische Partei, die ideologisch, politisch und organisatorisch nicht befähigt ist, diese bedeutenden Teile der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter für die kommunistische Partei zu gewinnen, ist allzu schwach, dem Hungerregime der Bourgeoisie und dem drohenden Faschismus wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Es ist notwendig, aber genügt nicht, bei Wahlen der KP. die Stimmen zu geben und den von Kommunisten gegründeten Organisationen (Arbeiterwehr, Rote Hilfe usw.) beizutreten und über die bürgerliche Politik der sozialdemokratischen Führer zu schimpfen. Worauf es ankommt, das ist, unter den gegebenen Bedingungen die revolutionäre Kampfgemeinschaft des kommunistischen Arbeiters mit den großen Massen der sozialdemokratischen Arbeiter herzustellen. Leninsche Einheitsfronttaktik heißt, mit andersgearteten Arbeitern, also in Österreich, mit sozialdemokratischen Arbeitern eine Einheitsfront im Kampf für unmittelbare, durch die den Klassenkampf gegebene, konkrete Forderungen herzustellen.

Welcher Arbeiter in Österreich ist nicht davon über-

zeugt, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Welcher Arbeiter wäre nicht bereit zu kämpfen gegen den Lohnraub, gegen die Rothschild-Sanierung und den Hungerkurs der Bourgeoisie, gegen den drohenden Faschismus und seine Stützen im Staatsapparat?

Seit der Genfer Sanierung des Prälaten Seipel wird Last um Last auf den Rücken der Arbeiterklasse abgewälzt. Ein gewaltiger Abgrund droht die Bourgeoisie zu verschlingen; sie versucht sich zu retten, indem sie das Proletariat in den Abgrund zu stoßen sich anschickt. Die gewaltige, rationalisierte deutsche Industrie und der durch den Pfundsturz entziehende englische Dumping wird die letzten Schlotte der österreichischen Industrie ausblasen. Vom Industriefriedhof zum Arbeitslosenfriedhof, — das ist die kapitalistische Zukunft Oesterreichs.

Müssen nicht wenige geopfert werden, um Hunderttausende vom Hungern und Verhungern zu retten? Muß nicht ein Teil der Besitzenden enteignet werden, um dem ganzen werktätigen Volke Arbeit und Brot zu geben?

Soll nicht das Vermögen der Kirche (eine Milliarde Goldkronen), das im Laufe der Jahrhunderte aus der Arbeit des werktätigen Volkes zusammen gerafft wurde, dazu verwendet werden, um produktive Werte zu schaffen. Zum Beispiel: Elektrifizierung der Bundesbahnen, Bau von Wohnungen, Brücken, Straßen, Schulen und Bädern?

Soll nicht das Vermögen der Habsburger (200.000 Goldkronen) und der Aristokraten, die, wie der Heimwehrputsch zeigte, ihre alte Herrschaft aufrichten wollen, dazu verwendet werden, um die Industrie mit Krediten für Rußlandaufträge zu versehen?

Soll nicht für die landarmen Bauern, denen der Steuerexkutor das letzte Tier aus dem Stall treibt, und für den Land- und Forstarbeiter, die unter den erdrückendsten Bedingungen ihr Leben fristen, der Grund und Boden der adeligen und faschistischen Großgrundbesitzer entschädigungslos enteignet werden?

Soll nicht, statt der drückenden Bedingungen, die das Weltkapital den Werktätigen auferlegt, um die österreichischen Kapitalisten über Wasser zu halten, ein Wirtschaftsbündnis mit Sowjetrußland treten?

Soll nicht, statt bei den Arbeitslosen und Arbeitern und Angestellten, bei den Gehältern der hohen Herren in den Ministerien, bei den Ausgaben für Polizei, Gendarmerie und Bundesheer gespart werden?

Soll nicht, statt der Massensteuern und Wucherzölle der Luxus der Besitzenden besteuert werden?

Soll nicht die Stilllegung rentabler Betriebe, diktiert von Trust- und Kartellinteressen, durch ihre Weiterführung durch die Betriebsräte verhindert werden?

So, und nicht anders, ist gegenwärtig die Alternative gestellt, Will der Kommunismus seine Aufgabe in der gegenwärtigen Periode erfüllen, das heißt, die Arbeiterklasse vor Hunger und Verhungern schützen, dem Hungerkurs der Bourgeoisie durch die Erkämpfung der angeführten Notstandsforderungen ein Ende setzen und dem Faschismus Halt gebieten, so muß er die entscheidenden Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter um eine von den Massen gebildete, auf die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter sich stützende Führung schaffen.

Aktionsausschüsse, die sich bilden auf Grund von ernst und durchdachten Notstandsforderungen, die sich zusammensetzen aus tatsächlich gewählten Delegierten proletarischer Organisationen können bei den gegebenen Kräfteverhältnissen und den gegebenen Kampfbedingungen die revolutionäre Einheitsfront der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter herstellen.

Es ist gut, der Arbeiterwehr beizutreten, aber viel wichtiger ist es, innerhalb des Schutzbundes, die Klassen-genossen für den revolutionären Klassenkampf, für die Bildung von revolutionären Aktionsausschüssen zu gewinnen.

Es ist notwendig, die KP. ideologisch, politisch und organisatorisch zu stärken und zu gesunden, aber ebenso notwendig ist es, in den proletarischen Organisationen und vor allem in den Gewerkschaften gegen die Tolerierungspolitik der Führer und für die Lösung der Krise auf Kosten der Besitzenden zu kämpfen.

Am Vorabend entscheidender Kämpfe richten wir mahnend diese Worte an das Proletariat und ganz besonders an alle Kommunisten Oesterreichs.

Es lebe die Sowjetunion!

Es lebe die revolutionäre Einheit des Proletariats!

Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!

Es lebe der Kampf um die Vereinigten sozialistischen Staaten Europas!

Die Exekutive der Komm. Linksoption.

Schlenzucht oder revolutionären Kampf.

Die Parole des 11. Parteitages der Komm. Partei heißt: Massenarbeit. Daß diese von der Kopienig-Schüller-Benedikt-Führung herausgegebene Parole nur eine Phrase bleiben wird, ist nach all dem, was seit dem Parteitag geschehen ist, ziemlich klar, wenn nicht bald Ernüchterung kommt. Die Parteiführung berauscht sich und die Mitgliedschaft mit Sieges- und Erfolgsmeldungen, die vielfach übertrieben sind und was das bedauerlichste ist, dazu beitragen, die Mitgliedschaft über den falschen Kurs der Partei im Dunkeln lassen.

Worauf es der Parteilbürokratie ankommt, ist, mit Zahlen zu prunken. Ernste Agitation wird durch Reklame ersetzt, die organisatorische Festigung der Partei wird von einer aus der bürgerlichen Sportrekordsucht entlehnten Wettbewerbspsychose unmöglich gemacht und die politische Linie der Partei ist, ganz abgesehen von den stalinistischen Pferdefäßen, nur auf revolutionäre Massenstimung aufgebaut. Aus dem Revolutionär Lenin hat die Stalimbürokratie einen alten Mann mit weißem Bart gemacht, den sie als Ötzen verehren läßt, dessen marxistischen Lehren und revolutionären Methoden sie aber mit Füßen tritt.

Die durch Jahre betriebene Politik der Phrase, der Schwanzpolitik und des Abenteuerstums des völligen Verkennens der jeweiligen politischen Lage und der falschen Einschätzung der objektiven Möglichkeiten, das wahllose Kopieren der Politik der ausländischen Bruderparteien auf österreichische Verhältnisse hat die Partei von den Massen isoliert und der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Quittung für diese Politik haben die Wahlen am 9. November 1930 gegeben. Und nun hat man einiges über Bord geworfen, was man gestern noch als Wahrzeichen „echten Bolschewismus“ bezeichnete und hat unter dem Banner der „nationalen Befreiung zur sozialen Befreiung“ die Massenarbeit proklamiert. (Wo haben denn die Kopienigs vorher um die nationale Befreiung ihren Kampf geführt? Wenn sie erst am 11. Parteitag auf die Massenarbeit kommen?) Im Munde des Stalinismus bleibt selbst die richtigste Lösung eine Phrase ohne Inhalt. Unter Massenarbeit versteht die österreichische Stalimbürokratie letzten Endes nichts anderes, als das Schüren der Reklamefremmel, die zum Eintritt in die KP., RH., IAH., Arbeiterwehr und die ROO., die nach den Auffassungen der Stalimbürokratie, jene Organisationen seien, die die revolutionäre Einheit des Proletariats repräsentieren. Daß wir es hier mit einem nach innen gekehrten Opportunismus zu tun haben, ist jedem klar, der noch einen Funken Leninismus im Gehirn bewahrt hat. Die Bonzen sagen, sei Mitglied der SP. und die heilige Einheit ist geschert, die KP.-Bonzen behaupten dasselbe von ihren Organisationen. Ja, sagt Kopienig. Meine Organisationen sind revolutionär und die SP.-Organisationen sind reaktionär. Ganz richtig. Aber, sagen die Schüller Lenins, in diesen SP.-Organisationen, den Gewerkschaften, Schutzbund, Sport-

organisationen, Freidenkern und Mieterorganisationen — um die bedeutendsten zu nennen — da sind zirka vier Fünftel des österreichischen Proletariats organisiert. Und die Massenarbeit der Kommunisten, der revolutionären Elemente, kann doch nur dann einen Sinn haben, wenn sie in diesen Organisationen für ihre revolutionären Auffassungen und Kampfmethoden werben, wenn sie gegen die reaktionären Führer dieser Organisationen kämpfen, um den Funktionärstab dieser Organisationen mit revolutionären Elementen ausfüllen und darum kämpfen, daß diese Organisationen nicht zur Stützung und Erhaltung des kapitalistischen Systems, sondern zu dessen Bekämpfung und Beseitigung verwendet werden.

Das ist konterrevolutionär, sagen die Jünglinge Moplenigs, die durch die Schule Stalins, auf die „nationale Befreiung“ dressiert wurden, und laden uns ein, zu horchen, was die ausgetretenen Schutzbundgenossen über ihre reaktionären Führer sagen.

Wir, die Schüler Lenins, antworten. Der ideologische Verfall unserer Partei vollzog sich nicht auf einmal. Noch vor Jahren kämpfte die KP. gegen die Ausschüsse der revolutionären Elemente aus dem Schutzbund und geißelte die Schutzbundführung als Spalter der proletarischen Schutzformation. Es gab eine Zeit, wo sich die Partei bemühte, recht viele Kommunisten im Schutzbund zu haben und die revolutionären Schutzbündler aufforderte, für die Wahl von revolutionären Schutzbundfunktionären einzutreten. Allerdings, lang ist's her. Es war in der Folge der Generalsäuberung des Schutzbundes nach dem 15. Juli gut von der Partei, daß sie damals — aber erst unter dem Druck der Linksoption — den Roten Frontkämpferbund, und nach dessen Verbot die Arbeiterwehr gründete. Es war aber klar, daß diese Organisationen militärisch keine Bedeutung haben konnten, sondern als Sammelkader ausgeschlossener Schutzbündler, sich hauptsächlich mit der revolutionären Propaganda von Mann zu Mann unter den Schutzbündern und Heeresangehörigen zu befassen hatten, um so auf breiter Grundlage die revolutionäre Orientierung der Schutzbundformation zu erkämpfen. Und wenn die ausgetretenen Grazer Schutzbundgenossen die reaktionäre Führung des Schutzbundes noch so treffend kritisieren, so haben sie durch ihren freiwilligen Austritt diesen Führern nur einen Dienst erwiesen, nämlich sie nicht ausschließen zu müssen und die revolutionären Elemente auf einfache Art los geworden zu sein. Es kommt nicht darauf an, aus der kleinen Sekte Arbeiterwehr eine große Sekte zu machen, sondern darauf kommt es an, wie die Kluft zwischen dem kommunistischen Arbeiter und dem sozialdemokratischen Arbeiter zu überwinden. Wenn auch die Arbeiterwehr ihre Mitgliederzahl vervielfacht, sie bleibt angesichts der Kräfteverhältnisse ohnmächtig. Wenn aber, der Schutzbund mit revolutionären Elementen durchsetzt und mit revolutionärem Kampfgeist erfüllt ist, dann werden bedeutende Teile gegen den Willen der Führer mit den kommunistischen Arbeitern kämpfen, wenn die KP. zum Kampfe ruft, wenn die Ereignisse den Kampf erfordern. Das haben die Ereignisse des 13. September klar gezeigt. In Hönigsberg entwarfen revolutionär gesinnte Schutzbündler, gegen die Weisung ihrer Führer, die Heierwehr. In Voitsberg Köflicher Kohlen- und Industrieveter gelangt es den Arbeiterwehrführern nicht einmal ihre eigenen Mitglieder zum Appell zu bringen, die mit dem proletarischen Instinkt, die Isolation der Kommunisten von den passiven SP-Arbeitern erkennen und daher auch dabei bleiben. Die Arbeiterwehrführer gehen darauf, resigniert über die Arbeiter, mit denen nichts anzufangen sei, zu den Bauern, um sie für die Vertreibung der Heierwehren zu mobilisieren.

Demagogisch und mit einer Flut von Beschimpfungen beschuldigen uns die Stalin-Jungen, wir seien für die Eroberung der Sozialdemokratie und gegen den Uebertritt von Sozialdemokraten zur KP.

Zu solchem haarsträubenden Unsinn antworten wir linke Kommunisten, kann man nur kommen, wenn man die proletarischen Massenorganisationen (Oewerkschaften usw.) mit der sozialdemokratischen Partei identifiziert. Daß man die SP. nicht von ihren reaktionären Führern befreien kann, daß sich die SP.-Arbeiter von der SP. zur KP wenden müssen, das muß den Arbeitern täglich gesagt werden; daß aber die Geduld der Arbeiter noch immer von diesen Führern im Dienste des kapitalistischen Staates, somit im Dienste der kapitalistischen Hungersanierung mißbraucht wird, das müssen wir berücksichtigen. Wir müssen die SP.-Arbeiter so nehmen wie sie sind und nicht so wie wir sie uns wünschen, wir können nicht als Voraussetzung für den gemeinsamen Kampf den organisatorischen Bruch mit ihrer Partei verlangen, von der sie sich nur im Prozesse des Kampfes durch ihre eigene Erfahrung abwenden werden.

Daraus folgt, erstens, daß die KP. mit den revolutionären Methoden der leninischen Einheitsfronttaktik die sozialdemokratischen Arbeiter, von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes überzeugt, zweitens, daß sie für ein Notstandsprogramm wirbt, das im Bewußtsein der Arbeiter eine Linderung ihrer Not und vor allem der Arbeitslosigkeit bringt (das gegenwärtige Arbeitsbeschaffungsprogramm ist, wie wir in Nummer 18 des „Mahnruf“ aufgezeigt haben, dazu gänzlich ungeeignet), drittens, daß die KP. das vom Nationalsozialismus gestohlene ideologische Gebäck, von der „Volkrevolution“, „Volkstum“, „nationales soziales Befreiung“, sowie die Theorie vom Sozialfaschismus über Bord wirft und zur revolutionären internationalen Ideologie und Terminologie Lenins zurückkehrt. Nur in dem Maße, als es der KP. gelingt, in diesen proletarischen (oder nennt sie sozialdemokratischen) Massenorganisationen dem Widerstand der Arbeiter gegen die bürgerliche Politik ihrer Führer zu entfalten, wird sich der Einfluß der KP. auf die Arbeiterschaft und damit Massenwiderstand gegen den Hungerkurs der Bourgeoisie entfalten. Nur so werden die Arbeiter den wahren Charakter ihrer Führer erkennen und in Massen zum Kommunismus stoßen.

Wir brauchen keine „Ezes“ von den linken Kommunisten, sagen hochmütig, so von oben herab, die Jungen Stalins und rufen zum Progam gegen die Linksoption.

Es genügt nicht, daß das ZK. beliebige Lösungen ausstellt und auskommandiert, dafür zu kämpfen. Die KP. ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, die wichtigste Waffe des Proletariats im Kampfe um den Sozialismus. Doch auch sie kann nicht ohne Kampforgane die Verbindung mit der Arbeiterklasse herstellen. Solche Hilfsorgane sind bei der gegebenen Lage Aktionsausschüsse. Nicht kommandieren kann man das Proletariat zum Klassenkampf, sondern organisieren muß man mit der tätigen Mitarbeit der Arbeiter den Massenkampf. Die Führerrolle der KP. besteht nicht darin, daß sie alle Organisationsformen des Proletariats ersetzt, sondern gerade darin, daß sie sie im revolutionären Sinne beeinflußt. So wie die Bolschewiki nicht die Sowjets ersetzen konnten, kann die KP. bei den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht die Aktionsausschüsse, die die konkrete Lage erfordert, ersetzen. Aber schon gar nicht können die Sektoren der KPOe., die Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen ersetzen.

Wir, die linken Kommunisten, kämpfen leidenschaftlich für die Stärkung der KP., wir kämpfen für eine kommunistische Massenpartei. Das ZK. der KPOe. vermag mit seiner Politik im besten Falle aus der kleinen Sekte eine größere Sekte zu machen, die um so aktionsunfähiger ist, je mehr sie sich von den proletarischen Massenorganisationen entfernt und isoliert. Das ZK. macht aus der KP. eine Reklamefigur, wir wollen eine aktionsfähige, mit den Arbeitern verbundene und vom Vertrauen der Arbeiter getragene, vom Geiste Lenins durchdrungene kommunistische Partei aufbauen. Der revolutionäre Sturmwind wird die stalinistischen Revolutions-

beamten, die die Partei vergewaltigen, wie der Feind besetztes Land, hinwegjagen. Die Wiedergeburt des Marxismus-Leninismus kann nur auf der Basis der Arbeiterdemokratie, auf der Basis des wahren demokratischen Zentralismus erfolgen.

Die Hungersanierung pericht.

Nach stundenlangem Pakeln der bürgerlichen Parteien ist die Sozialdemokratie eingesprungen und hat die Lage der Regierung gerettet. Ohne Sozialdemokratie gibt es kein regieren, sagen die sozialdemokratischen Phariseer, um den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen; ja, ohne SP-Führer wäre die Hungersanierung nicht zustande gekommen, ohne SP-Führer könnte die Bourgeoisie keinen Tag länger ihren mörderischen Raubzug gegen die Massen fortsetzen. Selbst im „roten Wien“ wird den Gemeindeangestellten von der „roten“ Verwaltung das Gehalt um 8,27 Prozent gekürzt. Die Sozialdemokratie nennt den Lohnraub Notopfer der Gemeindeangestellten und tröstet sie damit, daß der Lohnraub bei den Bundesangestellten 8,6 bis 10,6 Prozent beträgt. Dabei muß man wissen, daß von 219.000 Bundesangestellten, 70.000 in die Gehaltskürzung nicht einbezogen wurden, da sie weniger als 170 S monatlichen Einkommen haben; d. h., daß 82 Millionen Schilling bei den übrigen 149.000 „erspart“ wurden. Zum Lohnraub kommt noch die Kriegensteuer und Ledigensteuer; die Bier-, Zucker-, Benzin- und Verkehrssteuer, die teils erhöht, teils verlängert und die letztere neu eingeführt wurde. Außerdem wurde ein neuerlicher Abbau von Bundesangestellten beschlossen. Die Eisenbahnen planen die 20prozentige Erhöhung der Personen- und Frachttarife, was eine neuerliche Teuerungswelle hervorrufen muß. Wie lange noch werden die Arbeiter dieses Hungerregime ertragen, wie lange noch werden sie ihre Interessen von den sozialdemokratischen Führern an die Bourgeoisie verschachern lassen?

Sie flüchten vor dem Volk!

Man hat sich gefunden. O, die Verräter der Arbeiterinteressen, die gestern noch die Wahl Renners, als den Beginn eines „neuen Zeitalters“ priesen, die noch gestern die Beseitigung Miklaschs vom Präsidentenstuhl und die Wahl eines Republikaners als das Vermächtnis der Toten vom 13. September feierten, sie verzichten auf den demokratischen Appell an das Volk und ermöglichen auf diese Weise die Wahl Miklaschs, des Kandidaten der Monarchisten und Klerikalen. Otto Bauer bezeichnete noch am 28. September die Bundespräsidentenwahl als „eine wahre Lebensbedingung für die Arbeiterschaft“, und jetzt, nachdem die Sozialdemokratie mit ihren Stimmen die Hungersanierung ermöglicht hat, jetzt flüchtet sie mit den Schwarz-Geißeln vor dem Volke, das sie betrogen hat. Die Leidenschaften sollen durch einen zweimonatlichen Wahlkampf nicht aufgeweckt werden, denn man kann nicht wissen, ob sie sich nicht gegen die Hungersanierung aller Schattierungen wenden werden.

Rechtsdiktatur in Deutschland.

Die Perspektive der Linksoption über Deutschland trifft voll ein. Der deutsche Kapitalismus sucht sich mit Hilfe des Erbfeindes Frankreich zu retten. Brüning erweitert seine Regierung nach rechts, indem er Treviranus, einem Mann Hitlers, Schmitz und Warmbold, die Führer des Chemietrusts, in die Regierung aufnimmt, Wirt und Curtius fallen läßt. Eine 40 Paragraphen lange Notverordnung schnürt den Hungerriemen noch enger und vervollständigt den Belagerungszustand über Deutschland. Schon verkündet die Metallindustrie einen 15prozentigen Lohnraub als erste Etappe der geplanten 40 bis 45 Prozent Lohnsenkung.

Eine gute Versammlung und ihre Störer.

Ueber 300 Proletarier und 60-80 Stalinisten verfolgten am 3. d. M. in den Juliensälen in Graz mit größter Aufmerksamkeit die Ausführungen des Gen. Daniel; mehrmalige Zustimmungskundgebungen zeigten, daß selbst viele Stalinisten sich den Anschauungen und Vorschlägen der Linksoption nicht entziehen konnten. Erst als ihr neuer Stern, namens Hirzer, seine halbständige Programmrede beendet hatte, gelang es den im Saal anwesenden Machern, ihre Anhänger, die selbst nicht wußten warum, zum Schreien und Toben gegen die Versammlungsleitung des Gen. Koch zu gewinnen. Die Hirzer und Genossen mögen ein für allemal zur Kenntnis nehmen, daß der geschäftsordnungsmäßige Vorgang, daß zu einem geschäftsordnungsgemäßen Antrag eine für und einer gegen spricht, auch für sie gilt; ferner, daß wir nicht gesonnen sind, unsere Versammlungen zu stalinistischen Pogromhetzen gegen die Linksoption und den Gen. Trotzki mißbrauchen zu lassen. Um der Polizei nicht Gelegenheit zu geben, gegen streitende Kommunisten mit Gummiknütteln vorzugehen, hat Gen. Koch die Versammlung geschlossen.

Was uns Arbeiter schreiben.

Stimmen aus der Grazer Polizei.

In der letzten Septemberwoche hatte die Heimwehr eine Protestkundgebung in den Steinfeldersälen. Nach Schluß zogen einige hundert Demonstranten zum Landgericht, um die Freilassung dieser Putschisten-Bande zu erzwingen.

Dabei kam es zu Konflikten mit der Stürzergarde. Diese Helden konnten ungehindert (nicht ein Haar wurde diesen Heimwehrbanden gekrümmt) die Polizisten beschimpfen. Man hat einen bereits gegebenen Befehl, die Gummiknüttel zu lockern und dreinzuschlagen, von höherer Seite zurückgezogen. Polizeibeamte waren im Gespräch und äußerten sich in folgenden Worten: „Wären das nur Kommunisten gewesen, dann hätten wir nicht nur mit einem Gummiknüttl dreinzuhauen müssen, sondern man hätte noch einen zweiten Gummiknüttl bekommen.“ „Wir haben schon satt diese Einnseitigkeit bei uns.“ „Wir dürfen nicht aufmucken, sonst kommen wir vor den Disziplinär-Ausschuß.“ Diese Polizisten sehen in ihrer praktischen Arbeit viel krasser den Klassencharakter der Staatsgewalt als viele Proletarier. Ihre Logik wird ein Beitrag sein, vielen Arbeitern zu zeigen, wie selbst Polizeibeamte über die Demokratie denken.

Die IWK Graz macht wieder ein Geschäft.

Als am 29. März 1931 den Arbeitslosen die Unterstützung gekürzt wurde, schrieb der „Arbeiterwille“, daß man dadurch zehntausenden zumindestens die gekürzte Unterstützung über die Sommermonate erhalten könne. Ab 28. September sollte nun wieder der erhöhte Satz, der vor dem 29. März bestand, ausbezahlt werden. Da erlebten die Arbeitslosen, statt 40-70 Groschen mehr zu erhalten, die man ihnen geraubt hatte, daß man ihnen nur um 20-30 Groschen mehr ausbezahlt. So will man den Anschein erwecken, die Unterstützung erhöht zu haben, in Wirklichkeit ist der größte Teil der Kürzungen zur Hungersanierung verwendet worden. Mit 20-30 Groschen will man den Arbeitslosen den Mund stopfen. Laßt euch nicht verböhnen, kämpft für die Auszahlung des vollen Satzes, wie er vor dem 29. März bestand.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Carl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gumpelstraße 1. Bezugspreis, Hans Eppner, Holzschuster, Wien, 2. Bez., Rastbergstraße 24. (Im Auftrag der Intern. Linksoption.) Stadt „Wien“, Wien, 2. Bez., Zaborstraße 522.